



B E S C H L U S S

aus der 11. Sitzung
des Stadtrates
am Donnerstag, 14. November 2019

3. Antrag des Jugendparlaments; Klimanotstand und Klimaforderungen

Das Jugendparlament fordert in seinem Antrag, der am 08.08.2019 bzw. in überarbeiteter Version am 20.09.2019 eingereicht wurde, die Ausrufung des Klimanotstands der Stadt Pfaffenhofen durch den Stadtrat. In diesem Zusammenhang sollen alle zukünftigen Beschlüsse auf ihre Auswirkungen bezüglich Klima-, Umwelt- und Artenschutz überprüft werden. Zusätzlich wird die Durchführung von 34 konkreten Vorhaben gefordert.

Vertreter des Jugendparlaments stellen den Antrag in der Stadtratssitzung vor.

Zu den geforderten Projekten wurden von der Verwaltung Informationen zu vorhandenen Rahmenbedingungen und dem aktuellen Planungsstand zusammengefasst und gemeinsam mit Vertretern des Jugendparlaments besprochen. Es wurde darauf hingewiesen, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen teilweise bereits beschlossen sind oder vorbereitet werden.

Daraufhin wurden die vorgeschlagenen Maßnahmen vom Jugendparlament priorisiert. Die Maßnahmen könnten von der Verwaltung sukzessive geprüft werden. Nach Möglichkeit könnten entsprechende Beschlussvorlagen für den Stadtrat erarbeitet werden. Die 12 Vorhaben der Kategorie „A“ sollen im nächsten Jahr geprüft werden, Vorhaben „B“, „C“ und „D“ entsprechend später:

Priorisierung Kurztitel

A	Bildungsangebote zum Thema Nachhaltigkeit
A	Vorrang für Fahrrad und ÖPNV
A	Stadtbusse ohne fossile Energieträger
A	Neupflanzung 100 Bäume pro Jahr
A	100 % erneuerbare Energieversorgung bis 2035
A	Anschluss der Neubaugebiete ans Fernwärmenetz
A	Stärkung bio-regionaler & saisonaler Produkte
A	Nachhaltigeres Volksfest
A	Förderung ökologischer Betriebe
A	Geldbußen für das Wegschmeißen von Müll
A	Mülltrennung in öffentlichen Gebäuden
A	Der Hauptplatz soll autofrei werden
B	Radwege außerorts
B	Emissionsfreies Fahren bis 2035
B	Energieautarke Gebäude in Neubaugebieten
B	Ausgleichsflächen für gefälltete Bäume
B	Reduzierung fossiler Heizsysteme bis 2035
B	Schul- und Kindergartenverpflegung
B	Verwendung abgelaufener Lebensmittel
C	Brennstoffzellenautos ins Car-Sharing-Programm
C	Baumschutzverordnung
C	Gemeinschaftsgärten

- C Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden
- C Plastik- und Papiervermeidung
- C ReCup
- C Regionaler Wochenmarkt
- C Abfalltrennung bei öffentlichen Mülleimern

- D ÖPNV Ortsteile & Landkreis
- D Förderung privater PV-Anlagen
- D Unverpackt Geschäfte
- D Kleine Portionen in Restaurants
- D Bio-regionale-saisonale Lebensmittelautomaten
- D 90% Recyclingquote bis 2025
- D Wahlalter auf 16 Jahre senken

Der Klimanotstand soll laut Antrag des Jugendparlaments wie folgt umgesetzt werden:

„Zur Umsetzung soll der Stadtrat Pfaffenhofen in seinen Beschlüssen und im Handeln der Stadtverwaltung die Eindämmung der Klimakrise und ihren schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität anerkennen.

Es soll verbindlich festgelegt werden, dass ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei allen Entscheidungen berücksichtigt werden, mit dem Ziel, positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz einzuwirken und die erforderlichen Maßnahmen umzusetzen.

Entscheidend für die Einhaltung des 1,5°C-Ziels ist, die Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich stark zu reduzieren.“

Unabhängig vom Antrag des Jugendparlaments hat die Verwaltung die Einführung einer Nachhaltigkeitseinschätzung für Stadtratsbeschlüsse vorbereitet. Das geplante Verfahren wurde den Vertretern des Jugendparlaments vorgestellt. Durch geringfügige Anpassungen des Verfahrens kann die Nachhaltigkeitseinschätzung das geeignete Instrument sein, um die Auswirkungen auf den Klima-, Umwelt- und Artenschutz bei zukünftigen Entscheidung als zentralen Bestandteil zu berücksichtigen. Über die Einführung der Nachhaltigkeitseinschätzung wird im folgenden Tagesordnungspunkt entschieden.

Klimanotstand – Überblick

Aktuell haben etwas mehr als 60 deutsche Orte und Gemeinden den Klimanotstand ausgerufen, davon fünf in Bayern (Erlangen, Wörthsee, Zorneding, Poing, Wolfratshausen).

Die Beschlüsse zum Klimanotstand in den verschiedenen Gemeinden unterscheiden sich stark. In der Regel wird mit der Ausrufung des Klimanotstands nur auf die Dringlichkeit des Handelns hingewiesen, vereinzelt werden damit Maßnahmen oder Forderungen an die Landes- oder Bundesregierung verbunden. Konkrete Formulierungen oder Prozesse zur Entscheidungsfindung sind in der Regel nicht berücksichtigt.

Diskussion:

Manuel Hummler, zweiter Vorsitzender des Pfaffenhofener Jugendparlaments führte aus, angesichts der weltweiten Klima-Problematik müssten auch Städte und Gemeinden Verantwortung übernehmen und mit gutem Beispiel vorangehen. Zur Umsetzung solle der Stadtrat in seinen Beschlüssen und im Handeln der Stadtverwaltung die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe höchster Priorität anerkennen.

Vorsitzender Herker hob den Einsatz der Jugendparlamentarier hervor, auch vor Ort zur Sicherung einer lebenswerten Zukunft für künftige Generationen einzutreten. Eine Diskussion im Vorfeld habe lediglich der Begriff des Klima-„Notstands“ ausgelöst. Das Gremium war sich aber nicht nur einig über die dringende Notwendigkeit, angesichts der weltweiten Klimakrise auf allen Ebenen wirksame Maßnahmen für mehr Klimaschutz zu ergreifen. Einigkeit bestand auch darüber, dass Pfaffenhofen hierzu bereits seit mehreren Jahren einen Beitrag leistet, etwa mit der Umsetzung des umfangreichen städtischen Klimaschutzkonzepts oder der Pfaffenhofener Nachhaltigkeitserklärung vom 27.07.2017.

SPD-Fraktionssprecher Markus Käser und zweiter Bürgermeister Gürtner für die FW-Fraktion

signalisierten die uneingeschränkte Zustimmung ihrer Fraktionen, Grünen/ödp-Fraktionssprecher Haiplik sah angesichts der fortschreitenden Erderwärmung auch im Wortsinn einen „Stand in der Not“ als gegeben an.

Stadtrat Niedermayr gab zu bedenken, wie schon das örtliche Potential zur Ressourcenschonung etwa durch eine durchgreifende Umstellung des allgemeinen Mobilitätsverhaltens sein könne; Stadtrat „Mensch“ Mayer wies auf die aus seiner Sicht erforderliche Ergänzung um den Aspekt des Artenschutzes hin.

Stellvertretende CSU-Fraktionssprecherin Breher führte aus, zwar wolle man in der Fraktion wegen des nicht unproblematischen Schlagwortbegriffes vom Klima-„Notstand“ den Mitgliedern die Entscheidung freistellen; für sich persönlich könne sie sagen, der Begriff tue nicht weh. Inhaltlich unterstütze die Fraktion ohne Einschränkung, dass die Stadt alle Maßnahmen anstrengen solle, dass Pfaffenhofen lebenswert für viele Generationen sei.

Stadtrat Käser und Altbürgermeister Prechter betonten, Pfaffenhofen könne stolz auf sein Jugendparlament und dessen Engagement sein; Bürgermeister Herker wies auch für die künftige Begleitung der Thematik darauf hin, das Jugendparlament besitze nicht nur das Recht, für die Interessen der Jugendlichen Anträge an den Stadtrat zu richten. Es könne satzungsgemäß auch im Vorfeld zu einzelnen Sitzungspunkten Stellungnahmen abgeben.

Beschluss:

- (1) Der Stadtrat beschloss einstimmig für die Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm den Klimanotstand auszurufen.
- (2) Der Stadtrat beauftragte die Verwaltung, die oben genannten Vorhaben zu prüfen, gegebenenfalls detailliert auszuarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimme(n), 0 Nein-Stimme(n)

Stadtrat Hammerschmid hatte während Beratung und Abstimmung den Sitzungssaal verlassen.